

CO Daniela GMEINBAUER

20.01.2022

A N T R A G

zur

dringlichen Behandlung

**Betreff: Es braucht ein umfassendes Konzept für die Verkehrsberuhigung in der Innenstadt –
Gesamtplan „Zukunft innerstädtische Mobilität“**

„Das ambitionierte Vorhaben, das Zentrum von Graz vom Autoverkehr zu befreien, soll nun Stück für Stück umgesetzt werden. Priorität haben dabei die Kaiserfeldgasse und der Bereich rund um den Tummelplatz“,¹ heißt es im Bericht der Kronen Zeitung vom 07. Jänner 2022. Es ist die Rede von einer innerstädtischen Verkehrspolitik, die „Stück für Stück“ umgesetzt werden soll.

Eine „Stück für Stück“-Umsetzung lässt befürchten und ahnen, dass es am Gesamtkonzept fehlt und durch eine Vielzahl an Einzelmaßnahmen das große Ganze in der Verkehrswende aus den Augen verloren wird. Singuläre Maßnahmen, die auf Kosten der Anrainerinnen und Anrainer der benachbarten, verkehrsberuhigten Areale gehen. Veränderungen ohne Ausgleichsmaßnahmen für die Verkehrsberuhigungen, die dazu führen, dass die Situation – gesamtheitlich betrachtet – verschlechtert wurde.

Was die Grazer Innenstadt von der Mandellstraße bis zur Keplerbrücke und vom Geidorfplatz bis zum Griesplatz braucht, ist eine Verkehrsplanung mit Weitblick. Keine singulären Straßensperren, wie etwa in der Mandellstraße schon mehrfach geübt, ohne jegliche Verkehrskonzepte und Ausweichmöglichkeiten. Zusätzlich kommen in den nächsten Jahren mit dem Straßenbahnausbau und den damit verbundenen Straßensperren massive Belastungen auf den innerstädtischen Verkehr zu. Das Verkehrschaos durch den „Autofreien Tag“ im vergangenen Jahr ist bei vielen noch in bleibender Erinnerung. Verkehrsplanung ist keine Spielwiese für aktivistische, ideologische Experimente. Verkehrsplanung braucht ein ausgereiftes Gesamtkonzept.

Klar ist: Es braucht eine Trendwende in der städtischen Mobilität und in Graz ist diese vielfältig. Von der Forderung, die Mandellstraße ab der Ecke Sparbersbachgasse in eine Fußgängerzone umzuwandeln, bis zu alltäglichen Gefahrensituationen durch Radfahrer in der Schmidgasse oder auf Gehsteigen ist das Handlungspotential riesig.

„Unsere Stadt, unsere Straße“ kann man auf einem Transparent der Initiative ‚Auto-Frei-Tag‘ lesen. Die Stadt gehört allen Bürgerinnen und Bürgern, die Straße gehört ebenso allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Ein Besitzanspruch der Anrainer an einem bestimmten Teil der Straße verkennt dabei jedoch die Bedeutung dieser Verkehrswege und schließt andere, die auf diesen Verkehrsweg angewiesen sind, aus. Es ist öffentliches Eigentum und somit muss auch immer ein Interessens-

¹ Startschuss für autofreie Grazer Innenstadt <<https://www.krone.at/2597401>> (07.01.2022).

ausgleich zwischen allen Beteiligten gefunden und nicht nur den Forderungen des eigenen Wählerklientels nachgelaufen werden.

Die geforderten Schritte der Demonstrantinnen und Demonstranten überspannen den Bogen – und wären, werden sie so wie gefordert umgesetzt, schlicht unsolidarisch. Die Mobilitätswende und die Verkehrsberuhigung braucht eine breite Beteiligung, um am Ende auch erfolgreich zu sein.

Der Weg in der Grazer Verkehrspolitik kann nicht der der weiteren Polarisierung sein. Es braucht, wie in allen anderen Lebenslagen auch, ein Miteinander. Die Stadt gehört am Ende des Tages allen Bürgerinnen und Bürgern und selbstverständlich muss sie sich weiterentwickeln. Dabei muss die Lebensqualität der Anrainerinnen und Anrainer, aber auch die der anderen in Graz lebenden Menschen, im Mittelpunkt stehen – es braucht einen Interessensausgleich und letztlich ein vernünftiges Gesamtkonzept mit Weitblick und ohne singuläre Prestigeprojekte.

Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

Dringlichen Antrag:

Die Umgestaltung des innerstädtischen Verkehrs muss auf einem Gesamtplan basieren. Daher wird die zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner aufgefordert, vor der Realisierung singulärer Prestigeprojekte einen Gesamtplan „Zukunft innerstädtische Mobilität“ vorzulegen.

Der Gesamtplan „Zukunft innerstädtische Mobilität“ soll dabei

- auf einem breit angelegten Beteiligungsprozess der Grazer Bürgerinnen und Bürger basieren,
- die Wirtschaftstreibenden der betroffenen Gebiete einbinden,
- unter Beteiligung anerkannter Expertinnen und Experten erstellt werden,
- einen Ausgleich zwischen Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrerinnen und Radfahrern sowie Autofahrerinnen und Autofahrern schaffen und
- dabei den innerstädtischen Verkehr im Kontext der Mobilität und Parkinfrastruktur im Ballungsraum Graz betrachten und diesen Anforderungen Rechnung tragen.